

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa,
Fernauf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Verleger:
Riefa Nr. 52.

Nr. 194.

Donnerstag, 21. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Einrückens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe der Auftragsformulare in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dinger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Armut ist eine heilbare Krankheit.

Gedanken zur Lohnpolitik Henry Forbs.

Kein Großindustrieller besitzt gegenwärtig einen Namen von solchem Weltklang wie der Amerikaner Henry Ford. Seine Automobilproduktion in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, seine erfolgreichen Bemühungen um die Hebung des Flugwesens in seiner Heimat, seine industrielle Expansionspolitik nach Europa, seine kapitalistischen Erfolge einerseits, seine literarische und journalistische Tätigkeit andererseits und nicht zuletzt die Macht seiner Persönlichkeit lassen die Welt immer wieder aufhorchen, wenn er sich zu einer brennenden Zeitfrage äußert.

Die Vorgänge bei Siemens in Berlin, die damit zusammenhängenden Verkürzungen von Löhnen und Gehältern, die Kündigung von Angestellten in der Metallindustrie, die Tarifkündigungen im Bergbau in Rheinland und Westfalen und die große Lohnsenkungswelle, die über unsere ganze deutsche Volkswirtschaft sich hinwälzt, die zunehmenden Entlassungen von Angestellten und Privatbeamten, das Wackeln des Unsicherheitsfaktors in unserem Gesellschaftsleben, alle diese Tatsachen und Tendenzen haben eine Beunruhigung in unser Volk hineingetragen, die angesichts der bevorstehenden Wahlen in mehr als einer Hinsicht äußerst bedenklich erscheint. Jedenfalls ist es begründlich, daß in der Öffentlichkeit jetzt wiederholt die Frage aufgeworfen wird, weshalb gerade jetzt diese Kündigungen, Entlassungen, Gehalts- und Lohnverkürzungen erfolgen, wo "vielleicht das letzte bürgerliche Kabinett" um sein Leben kämpft.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, besonders Wehmerat Duisberg, kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß er fast bei allen seinen öffentlichen Kundgebungen während der letzten Monate immer wieder gegen die allgemeine Schwarzlehre Front machte. Jeder drang er mit seiner Parole nicht durch. Der Wirtschaftshistoriker wundert sich darüber nicht, denn er kennt das Auf und Ab des Wirtschaftslebens und die Psychologie, von der die Wirtschaftenden, die Führer und die Geführten, jeweils erfaßt zu werden pflegen, wenn die Volkswirtschaft im Wellental festzuhalten droht. In der allgemeinen Krisenstimmung erscheinen jeweils rückläufige Entwicklungstendenzen, die sich zunächst im Lager des Unternehmertums bemerkbar machen, dann aber ganz naturgemäß auf die Privatbeamten und Angestellten abfärben und die allgemeine Depression in der Arbeiterklasse noch vermehren. Das ist in allen Krisenzeiten der kritische Moment. In Tagen wie der unrigen, da das Arbeitslosenheer, die industrielle Reservearmee, sich der Dreimillionen-Mark nähert, erscheint eine derartige Rentabilität besonders bedenklich und gefährlich.

Wir begrüßen es daher aufrichtig, daß der amerikanische Großindustrielle Henry Ford sich in der deutschen Öffentlichkeit meldet und sich gegen den allgemeinen Strom zu schwenken wagt. "Wir wollen kein Gottesandamentum", erklärt er. "Damit wendet er sich nicht gegen eine philosophische oder theologische Auffassung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern vielmehr gegen den Herrin-Daule-Standpunkt, das Reichsgeheimnis im Wirtschaftsleben, das in Zerkleinerung der Kartelle und Trusts, in dem der Sozialismus zwischen Unternehmertum, Angestellten und Arbeiterklasse eine entsetzende Rolle spielt, wirklich nicht am Platze ist. Wirtschaft ist Dienst am Publikum. Dies gilt in jeder Hinsicht, selbst hinsichtlich der Lohnpolitik. Der "Fordismus", der unsere Wirtschaftswissenschaften seit Jahren beschäftigt, zehnet sich durch eine großzügige Lohnpolitik aus. Ford hat es freilich leichter als unsere Wirtschaftsführer, denn die Wirtschaftsbekämpfung, die unsere Volkswirtschaft infolge der Dumpingpreise zu tragen hat, berührt den Amerikaner nicht, insofern er in den Vereinigten Staaten Nordamerikas produziert und durch seine rationalisierten Absatzorganisationen seine Produkte absetzen kann. Auch das Fordische Massenunternehmertum ist längst international geworden und in unserer Mitte wirklich kein Fremder mehr.

Gerade deshalb verdient es besondere Beachtung, wenn Henry Ford uns heute verichert: "Niedrige Löhne verteuern die Waren". Allerdings! Ein hoher Lohn ist genau so verderblich wie ein hoher Preis. Was als hoch empfunden wird, ist freilich beziehungslos. Angemessene Löhne werden ebenso wenig als hoch empfunden wie angemessene Preise. Angemessene Löhne und angemessene Preise stellen jedermann zufrieden. Die Löhne, die Prosperität bringen, sind diejenigen, die sich aus der schöpferischen und technischen Begabung der Fabrikleitung im Verein mit der Anwesenheit und Zusammenarbeit der Arbeiter ergeben. Wenn das Lohnverständnis der Leitung nicht darüber hinausgeht, daß sie sich mit Leuten zufrieden gibt, die niedrige Löhne nehmen und umgekehrt das Interesse der Arbeiterklasse nur auf hohe Löhne gerichtet ist, dann ist der tote Punkt erreicht, so daß es keine Rolle mehr spielt, was für Löhne gezahlt werden, weil die Industrie und alle Arbeitsmöglichkeiten, die sie bietet, so wie so bald am Ende sein werden.

Aus dieser Lohnphilosophie heraus wendet sich Henry Ford gegen die Politik der niedrigen Löhne und die Bekämpfung der Armut durch öffentliche Unterhaltungen aus den Steuereinkommen, da ein derartiges Programm die Armut in Wirklichkeit nie vermindert. Ford erkennt scharf, daß niedrige Löhne die Ausbreitung des heimischen Marktes verhindern, da sie den Lebensstandard der breiten Massen auf das Existenzminimum bannen. "Die niedrigen Löhne werden noch mehr Unheil anrichten, denn sie werden die Waren verteuern. Wenn ein Unternehmer für nied-



Burgfriede zwischen Konservativen, Volkspartei und Wirtschaftspartei.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz (rechts), und die Vertreter der Konservativen Volkspartei, Reichsminister Trepsmann (Mitte), und der Wirtschaftspartei, Sachstemberg (links), haben sich in gemeinsamer Besprechung

abhin geeinigt, daß ihre Parteien einen gemeinsamen Wahlschlusserlassen und im kommenden Reichstag in sozialpolitischen, innen- und außenpolitischen Fragen zusammengehen werden.

Der Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes.

Dresden, 21. August.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Reichszankers Dr. Brüning den von dem Reichsinnenminister Dr. Wirth vorgelegten Entwurf eines Reichswahlgesetzes, der demnächst dem Reichsrat zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Der Entwurf geht davon aus, die besonderen Mängel des geltenden Wahlgesetzes, die großen Wahlkreise, die langen Listen und die dadurch hervorgerufene Entpersönlichung und Mechanisierung der Wahl zu beheben.

Der Wähler soll wieder unmittelbar an die Reichswahlbildung herangebracht, der Gedanke der Verbundenheit des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis und die parteipolitische Konzentration gefördert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise, die Befestigung der Reichsliste und den Wegfall des amtlichen Stimmzettels vor.

Es werden 162 Wahlkreise gebildet, die zu 31 Verbänden, diese zu 12 Ländergruppen zusammengefaßt sind. Die Verteilungsschlüssel, auf die ein Abgeordneter entfällt, beträgt 70 000. Einzelnen Persönlichkeiten wird durch das neue Wahlgesetz der Weg zum Parlament geöffnet. Der Einwirkung von Wahlvorschlüssen bedarf es nicht mehr. Innerhalb der Parteien, die Sitze in den Verbänden erhalten haben, wird ein verhältnismäßiger Ausgleich in den Ländergruppen vorgenommen. Schon durch den Wegfall der Reichsliste wird eine

Vermindering der Zahl der Abgeordneten erreicht. Diese vermindert sich durch die in Aussicht genommene Verteilungsschlüssel von 70 000.

Der Entwurf sieht vor, den verfassungsmäßig bestehenden Regelungen ab, um die vom deutschen Volk geübte Wahlweise in Gang zu setzen.

Reichsverwaltungsgericht.

Das Reichskabinett hat am Dienstag abend einen Gesetzentwurf beraten und gebilligt, der sich mit der Einrichtung eines neuen Reichsverwaltungsgerichts befaßt. Es handelt sich hierbei um ein großzügiges, sowohl rechtlich als auch politisch außerordentlich bedeutames Werk, das ein sehr wesentliches Mittel ist, um auf dem Reichsgebiet den Boden für die so lang ersehnte Vereinheitlichung des Staatswesens zu schaffen.

Das neue Reichsverwaltungsgericht soll eine Bestätigung erhalten, die es in Parallele zu dem Reichsgericht stellt. Es soll in die Sphäre des Reichsgerichts nicht eingreifen und keine Sachen verhandeln, die vor den ordentlichen Richter gehören. Seine Zuständigkeit wird in verwaltungsrechtlicher Richtung sehr weit sein. Es wird sowohl Beschwerdeverfahren wie Anfechtungsverfahren zu regeln haben, die innerhalb der Sphäre der Reichsbehörden gelegen sind. Es wird also einmal Berufungssinstanz sein bei allen verwaltungsrechtlichen Streitfragen, als auch die direkte Beschwerdeinstanz gegen Maßnahmen, die von den Reichsbehörden verfügt und von den Betroffenen als unangenehm empfunden werden. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich soll vom Reichsgericht zum Reichsverwaltungsgericht überföhren, wie es auch schon in der Verfassung gedacht ist.

Der wesentlichste Gedanke dieses Gesetzentwurfes ist es, die Eigenheiten der Länder in verwaltungsrechtlicher Beziehung zukünftig soweit einzuschränken, daß eine Vereinheitlichung der bisher bestehenden 16 einzelnen Ländergerichtsbarkeiten möglich ist. Preußen, mit dem eingehend verhandelt worden ist, wird wahrscheinlich als erstes seine Verwaltungsgerichtsbarkeit dem Reichsverwaltungsgericht angleichen und eingliedern. Wann die anderen Länder folgen, steht noch nicht fest. Es soll jedenfalls kein Zwang zur Unterordnung ausgeübt werden, sondern die kulturpolitisch und aus Sparmaßregeln für so wichtige Arbeit des neuen Reichsverwaltungsgerichts soll von sich aus überzeugen und so zur Vereinheitlichung führen.

Die Löhne so viel Leute haben kann, wie er nur will, wird er dazu neigen, seine Ausgaben für Maschinen und Verbesserungen niedrig zu halten, denn bei einem niedrigen Lohnsatz werden sie sich anscheinend nicht bezahlt machen. So wird er unmoderne Waren zu hohen Preisen produzieren." Doch genau! Henry Ford kommt zu dem Schluß, daß die einzig erfolgreiche Lohnpolitik jene ist, die nach höheren Löhnen, geringeren Kosten und geringeren Preisen drängt. Bis zu diesem Ziele haben wir noch einen weiten Weg zurückzulegen, denn bei uns ist alles viel zu hoch außer den Löhnen, die zu niedrig sind." Das ist zutreffend. Aber auch jene Erkenntnis ist richtig: "Kein Unternehmer hat das Recht, von einem Menschen zu verlangen, mit Verstand zu arbeiten, wenn er ihn nicht dafür extra bezahlt."

Die deutschen Studenten verlassen Brüssel

Abbruch aller internationalen Beziehungen

Berlin, 21. August.

Die Deutsche Studentenschaft teilt mit: "Die deutsche Delegation auf der Brüsseler Ratstagung des Internationalen

Studentenverbandes (IUE) hat dem Präsidenten der IUE in einem Schreiben mitgeteilt, daß sich die Deutsche Studentenschaft genötigt sehe, alle Beziehungen zum Internationalen Studentenverband abzubrechen. Gleichzeitig hat der Leiter des Amtes für Leibesübungen der Deutschen Studentenschaft, Diplomingenieur Hirsch-Berlin, sein Amt als ständiger Vizepräsident der Sportkommission der IUE niedergelegt.

Den Grund für den Abbruch der Beziehungen bilden die beleidigenden Äußerungen, die von dem holländischen und polnischen Vertreter während der letzten Sitzung der Brüsseler Tagung gegenüber den deutschen Vertretern ausgesprochen worden sind. Trotz der unter Führung der dänischen und englischen Vertreter unternommenen Bemühungen der neutralen Nationalverbände wurde die von deutscher Seite geforderte Entschuldigung vom Rat mit elf gegen neun Stimmen bei vier Enthaltungen verweigert, so daß eine weitere Aufrechterhaltung der Beziehungen zur IUE für die deutschen Vertreter nicht möglich war."